

Avi Primor

Das israelisch-palästinensische Verhältnis nach Arafats Tod

In den Beiträgen dieser Ringvorlesung sind unterschiedliche Meinungen zu hören, was ganz folgerichtig ist, denn die Situation im Nahen Osten ist umstritten seit eh und je, eigentlich seit Gründung des Staates Israel. Wir sind im Krieg geboren und leben seitdem immer im Kriegszustand, und diese Situation wird ganz unterschiedlich bewertet. Ich werde versuchen, mich auf einen Punkt zu konzentrieren, nämlich auf die Frage: Gibt es überhaupt eine neue Chance, gibt es eine neue Politik im Nahen Osten, kommt eine Wende im Nahen Osten bzw. ein neuer Friedensprozess?

Im Jahr 2000 haben wir mit den Palästinensern verhandelt und waren dabei ganz besonders hoffnungsvoll. Im Jahr 2000 war noch die Arbeitspartei an der Macht, Ehud Barak war Ministerpräsident. Er führte mit Yassir Arafat, mit den Palästinensern Verhandlungen vor allem in Camp David unter Präsidentschaft des amerikanischen Präsidenten Clinton, der aktiv an den Verhandlungen teilnahm. Damals waren wir alle voller Hoffnung, sowohl die Palästinenser als auch die Israelis, und vor allem die Amerikaner. Der amerikanische Präsident hätte sich dieser Angelegenheit damals keine zwei, drei Wochen lang gewidmet, hätte er nicht an eine gute Chance geglaubt, tatsächlich ein Ergebnis zu erzielen. Wir sind davon ausgegangen, tatsächlich vor einer neuen Ära zu stehen. Barak war schon damals sehr umstritten - ist es heute auch noch -, aber eines muss man ihm zugestehen. Er hat tatsächlich Zugeständnisse angeboten, die keiner seiner Vorgänger jemals gewagt hätte. Er war bereit, auf fast alle besetzten Gebiete zu verzichten, die Siedlungen zu räumen. Er hat bei uns Tabus gebrochen, was damals sehr kühn war. Sie wissen, dass wir seit der Wiedervereinigung der Stadt Jerusalem 1967 immer davon gesprochen haben, dass die Stadt Jerusalem nun ewig vereint bleiben und ewig ausschließlich die Hauptstadt des jüdischen Volkes, des jüdischen Staates bleiben werde. Das war eine fast heilige Aussage. Kein Mensch hat das jemals seit 1967 bei uns in Frage gestellt, und hätte jemand es getan, dann wäre das als Sakrileg betrachtet worden. Und jetzt kommt der Regierungschef selber, Barak, und sagt: „Trotz alledem werde ich auf Teile der Stadt Jerusalem verzichten, ich werde die Stadt wieder aufteilen, und Teile davon gehen an die Palästinenser.“ Als ich das zum ersten Mal gehört habe, dachte ich, jetzt läuft die Bevölkerung Sturm, das wird ein Erdbeben. Man hat uns jahrzehntlang mit der Aussage erzogen, dass man auf Jerusalem nie verzichten werde, auf keinen Teil der Stadt, das sei heilig und Teil des jüdischen Volkes, der jüdischen Geschichte, und dann sagt Barak so etwas! Vielleicht war er nicht in dem

Ausmaß bereit, auf Teile der Stadt Jerusalem zu verzichten, wie die Palästinenser es erwarteten, aber Tabus hat er damit trotzdem gebrochen - und das Erdbeben blieb aus.

Die unerwarteten Zugeständnisse haben jedoch zu keinem Ergebnis geführt, ganz im Gegenteil, die Verhandlungen scheiterten. Und nicht nur das, sondern eine Intifada brach aus, ein Aufstand, Gewalt, Terror, und die israelische Bevölkerung blieb verwirrt zurück. Wenn Sie einen Palästinenser fragen, was eigentlich im Jahre 2000 geschah, wird er natürlich eine ganz andere Geschichte erzählen als die, die ich erzähle. Ich will versuchen, die Palästinenser ein wenig zu erklären, obwohl mir das nicht zusteht.

Die israelische Bevölkerung war im Jahr 2000 der Ansicht, dass die Israelis den Palästinensern alle möglichen Zugeständnisse gemacht haben, und dass die Palästinenser das Angebot nicht nur abgelehnt, sondern mit Terror erwidert haben. Und vor allem mit Terror nicht nur in den besetzten Gebieten, nicht gegen Siedler oder Soldaten, sondern im Kernland Israels, gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen und Kinder, gegen jeden. Also sagte sich der durchschnittliche Israeli: „Wir haben in einer Illusion gelebt, das war alles ein Traum. Die Palästinenser streben gar nicht das Ende der Besatzung an. Nicht das ist ihr Ziel. Ihr Ziel ist, wie wir immer wussten, aber mit der Zeit vergessen haben, den Staat Israel zu vernichten, uns aus dem Nahen Osten wegzufegen. Aber wenn das so ist, dann haben wir keine andere Möglichkeit, als uns zu verteidigen. Wer immer noch von einem Friedensprozess spricht, wer von Gesprächen mit Palästinensern spricht, ist entweder naiv oder ein Heuchler. Und gegen den Terror ist Sharon der richtige Mann. Wer braucht Barak mit seinen Verhandlungen? Wer braucht die Arbeitspartei oder das Friedenslager? Nein, wir brauchen Sharon. Wir erwarten von ihm gar nichts, als dass er uns verteidigt und zurückschlägt, selbst wenn er übertreibt.“ Das war jahrelang die Einstellung der meisten Israelis. Wer im Jahr 2001, 2002, 2003 gewagt hätte, von Frieden zu sprechen, von Verhandlungen, von Gesprächen mit Palästinensern, der wäre im besten Fall belächelt worden, eher als Heuchler verhöhnt. Selbst das linke Lager, selbst die meisten Friedensstifter unterstützten Sharon, das zeigten die Meinungsumfragen. Was im Jahr 2000 geschah, muss man verstehen, um bewerten zu können, ob und welche Chancen es heute gibt.

Die Palästinenser haben es anders gesehen: „Barak hat vieles angeboten, aber nicht so weit gehend, wie er behauptete, und vor allem hat er uns so behandelt, dass es unmöglich war, mit ihm zu verhandeln. Er hat uns vor den Kopf gestoßen, er hat uns beleidigt, er hat uns gedemütigt, er hat uns ein Diktat hingeworfen und verlangt, das zu akzeptieren.“ Barak ist ein schwieriger Mensch. Als er Ministerpräsident wurde, hat er sich zunächst einmal mit seiner eigenen Partei und dann mit allen

seinen Koalitionspartnern zerstritten, was politisch überhaupt nicht nötig war. Dann hat er sich mit allen seinen Mitarbeitern zerstritten, und es ging das Sprichwort: Es gibt nur einen Menschen auf Erden, mit dem er sich versteht, und das ist seine Frau. (Seitdem hat er sich auch scheiden lassen.)

Wenn Sie einmal die Memoiren von Clinton lesen, dann werden Sie verstehen, warum die Palästinenser damals Schwierigkeiten hatten. In vielen Details hatten sie Recht, auf jeden Fall sieht Clinton das so. Aber selbst, wenn Barak ein unmöglicher Partner war und die Angebote, die er den Palästinensern angekündigt hatte, nur schrittweise machte, und wenn das, was er anbot, nicht ausreichend für die Palästinenser war, was folgt daraus? Normalerweise sagt man dann dem Partner: „So kann ich nicht unterschreiben, wir müssen weiter verhandeln.“ Das ist in Verhandlungen legitim. Aber alles ablehnen und mit Terror erwidern? Dabei gab es nicht nur das Angebot von Barak, es gab ein weiteres Angebot von Clinton selber, der sich wirklich heftig in die Sache eingemischt hat, noch weitgehender als das von Barak. Das haben die Palästinenser auch abgelehnt. Es gibt viele Erklärungen für diese Ablehnung. Politisches Faktum ist, dass beide Seiten davon ausgingen, keinen Gesprächspartner zu haben. Für die Israelis wollten die Palästinenser nur eines, nämlich den Staat Israel hinweg fegen. Die Palästinenser sagten, die Israelis wollen uns nur beherrschen, sie werden nie einen echten Palästinenserstaat akzeptieren. Verhandlungen sind unmöglich, ein Traum, eine Heuchelei, nur die Gewalt kann etwas leisten. Friedensstifter hatten keine Chance mehr, weil die Bevölkerung daran nicht mehr glauben wollte. Und die Situation eskalierte weiter, nicht nur die Sicherheitssituation, sondern auch die Wirtschaftslage, die ja immer mit der politischen Lage verbunden ist und viel mit Psychologie zu tun hat. Was geschieht, wenn die Leute nicht mehr an die Zukunft glauben? Dann investieren sie nicht mehr, dann konsumieren sie auch nicht. Dann behalten sie das Geld bei sich. Die Palästinenser, deren Infrastruktur total zerstört worden war im Laufe dieses Krieges, leben im Elend wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Die Israelis haben bei weitem nicht so gelitten wie die Palästinenser, aber jeder sieht ja nur seine eigene Situation, und sieht, wie sehr er selber leidet. Auch wir haben gelitten, zunächst einmal unter der Unsicherheit. Wenn man das Kind in die Schule schickt und nicht weiß, ob es zurück nach Hause kommt, weil der Schulbus vielleicht in die Luft gejagt wird, dann ist die Stimmung düster. Wenn man im Supermarkt einkaufen geht und weiß nicht, ob dort vielleicht eine Bombe hochgeht, dann stimmt das nicht optimistisch.

Seit der Entstehung des Staates Israel im Jahr 1948 haben wir gute Wirtschaftsjahre gehabt, in denen das Bruttosozialprodukt um sechs bis acht Prozent jährlich wuchs. Schlechte Wirtschaftsjahre waren damals Jahre, in denen das Bruttosozialprodukt nur um zwei bis drei Prozent jährlich wuchs. Im Laufe der Intifada-Jahre geschah, was nie zuvor bei uns geschah: das Bruttosozialprodukt sank! Wir

haben jährlich ein Prozent des Bruttosozialproduktes verloren. Und da Israel immer noch ein Zuwanderungsland ist, bedeutet dies, dass der Lebensstandard der Israelis um vier bis fünf Prozent jedes Jahr gesunken ist. Das bedeutet auch eine Steigerung der Arbeitslosigkeit. Wir haben in den neunziger Jahren eine Arbeitslosenrate von fünf bis sechs Prozent gehabt, und sie ist auf zwölf Prozent gestiegen, das heißt, sie hat sich verdoppelt.

Bis 2003 haben sich die Menschen keine Gedanken gemacht, sie gingen davon aus, keine Alternative zu haben als sich zu verteidigen. Dadurch wird man gleichgültig. Aber im Jahr 2000 kam ein Umschwung, überraschender Weise gleichzeitig bei uns und bei den Palästinensern. Die Leute haben plötzlich ein bisschen anders geredet. Sie sagten immer noch: Wir haben keine Alternative“, aber zunehmend fügten sie hinzu: „Aber so kann es nicht mehr weitergehen.“ Hätte man sie gefragt, was sie meinen, dann hätte man keine Antwort bekommen. Aber klar war, es muss etwas geschehen. Anfang des Jahres 2003 erwartete man vielleicht einen Wendepunkt durch den Krieg im Irak. Die Amerikaner versprochen, nach dem Krieg im Irak werde sich alles ändern. Wer weiß, vielleicht auch bei uns. Der Krieg kam, der Krieg war vorbei, und es hat auf uns überhaupt nicht gewirkt.

An diesem Zeitpunkt gab es ein interessantes Friedensprojekt. Auf der palästinensischen Seite gibt es den berühmten Akademiker und Politiker Sari Nusseibeh, heute Präsident der palästinensischen Universität in Ost-Jerusalem. Er war Minister unter Arafat, Minister für Jerusalem-Angelegenheiten, aus einer prominenten palästinensischen aristokratischen Familie. Sein Vater war Verteidigungsminister bei König Hussein, sein Großvater ebenso. Die Familie hat, so heißt es, von Saladin den Schlüssel zur Heiligen Grabeskirche bekommen. Sie besitzt diesen Schlüssel bis heute, es gibt immer wieder Zeremonien mit diesem Schlüssel. Die Kinder der Familie wachsen alle in den besten Universitäten in England auf.

Dieser Sari Nusseibeh hat den Weg zu einem Israeli gefunden, der genau das Gegenteil von ihm ist: Ami Ayalon, ein ehemaliger Bauer, in einer Bauernfamilie geboren und aufgewachsen in einem kleinen Dorf, dann Berufssoldat, Befehlshaber des Marine-Kommandos, dann Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, und letzten Endes Befehlshaber der Geheimdienste, also der Leute, die die Palästinenser im Alltag bekämpfen. Diese beiden, die so unterschiedlich sind in ihrem Stil, zeigten, dass man miteinander sprechen kann, dass es einen Gesprächspartner gibt, dass ein Kompromiss gefunden werden kann.

Eine weitere, größere Initiative war die so genannte Genfer Vereinbarung, man sprach von einem Genfer Friedensvertrag. Für mich war das nie ein Friedensvertrag, sondern eher eine akademische

Übung. Da kamen viele Prominente von beiden Seiten zusammen, aus Israel ehemalige Minister, Parlamentspräsidenten, Generäle, Polizeipräsidenten, Diplomaten, Vertreter der größten Unternehmen des Landes, keine Leute, die an der Macht waren, aber sehr bekannte, prominente Leute. Die fanden sich mit einer ähnlichen großen palästinensischen Gruppe zusammen und verhandelten monatelang, bis sie der Bevölkerung einen Friedensentwurf unterbreiten konnten. Im Unterschied zum Entwurf von Sari Nusseibeh und Ami Ayalon war der Genfer Entwurf erheblich detaillierter. Dieser Entwurf wurde millionenfach jedem Bürger in Israel und in den palästinensischen Gebieten ins Haus geschickt, wiederum mit dem Ziel, der Bevölkerung zu zeigen, dass es sehr wohl Gesprächspartner gibt. Und weil beide Seiten selbst schon das Gefühl gehabt hatten, dass es so es nicht mehr weitergehen konnte, zeigten sie viel Interesse dafür. Ein Jahr zuvor, zwei Jahre zuvor hätte man diese Entwürfe belächelt. Ende 2003 war man schon so weit, sich dafür zu interessieren.

Diese neue Stimmung hat Sharon zur Kenntnis genommen. Ende 2003 sagte er in einem intimen kleinen Kreis seiner Partei, dass sich etwas ändern müsse. „Wenn wir es nicht tun“, sagte er, und da zitiere ich ihn wörtlich, „wird es ein anderer tun. Wir können der Bevölkerung nicht widerstehen.“ Es gab keinen Druck aus dem Ausland, es ging nur den Umschwung in der Stimmung der israelischen Bevölkerung. Die so genannte Genfer Vereinbarung wurde verkündet am 1. Dezember 2003. Am 2. Februar 2004, also kaum zwei Monate später, verkündete Sharon seinen neuen Plan. Er würde einen Teil der besetzten Gebiete und auch die Siedlungen auf diesem Boden räumen. Er würde auf einen Teil der historischen biblischen Heimat des jüdischen Volkes, wie er immer betonte, endgültig verzichten. Er, der größte Siedlungsbauer aller Zeiten, der in jedem Amt, das er bekleidete, sein Budget dafür benutzt hat, um Siedlungen zu bauen, der wird jetzt Siedlungen räumen. Er tat das unter dem Druck der israelischen Bevölkerung, aber der Plan, den Gaza-Streifen zu räumen, war nicht seine Idee. Nur ein Jahr zuvor, im Januar/Februar 2003, hatte es Parlamentswahlen in Israel gegeben. Der Chef der Opposition, der Vorsitzende der Arbeitspartei Mitzner, sagte in seinem Wahlkampf folgendes: „Ich weiß, dass keiner im Lande glaubt, dass man mit den Palästinensern Frieden machen kann. Gut, dann verzichte ich drauf. Aber glauben Sie nicht, dass wir so weiter machen können wie bisher - die Besatzung aufrechterhalten und die Wirtschaft dabei zerstören. Ich schlage vor, wir beginnen mit einem Schritt, wir ziehen uns einseitig aus dem Gaza-Streifen zurück.“

Sharon hat ihn anfangs belächelt, aber als er sah, dass die Leute begannen, sich dafür zu interessieren, da hat er ihn verhöhnt und beinahe zum Vaterlandsverräter erklärt. Es gibt eine winzig kleine Siedlung im Gaza-Streifen, Nezzarim, da leben sechs, sieben Familien, die werden von 800

Soldaten bewacht. Was kostet das den Staat?! Sharon sagte damals, er würde genau so wenig auf Nezzarim verzichten wie auf Tel Aviv. Aber bereits ein Jahr später erklärte er, als wäre es seine eigene Idee, er würde sich aus dem Gaza-Streifen zurückziehen und die Siedlungen dort räumen. Die israelische Bevölkerung wollte es nicht glauben, die Zeitungen waren eher sarkastisch. In seinem eigenen Lager, der Likud-Partei, hatte seine Erklärung die Wirkung eines Erdbebens. Hier wurden heilige Positionen angetastet. Auf Teile der biblischen Heimat darf man gar nicht verzichten, sagte man. Das Land gehört uns, das ist eine göttliche Verheißung. Sharon versuchte das so zu erklären - das sind meine Worte -, er würde sich fühlen wie ein Kapitän eines Schiffes, der zum Schluss kommt, sein Schiff habe zu viel Gewicht. Um weiter zu segeln, wie er es ursprünglich wollte, muss er ein bisschen Übergewicht von Bord werfen. Er, Sharon, verzichte daher auf den Gaza-Streifen, um das Westjordanland zu halten und dort weitere Siedlungen zu bauen. Ob er das im Ernst meinte oder sein Lager damit beruhigen wollte - wir wissen es bis heute nicht. Dass er räumen wird, daran gibt es keine Zweifel. Die Frage ist, was geschieht hinterher?

Ein paar Monate, nachdem er seinen Abzugsplan aus dem Gaza-Streifen verkündet hatte, starb Yassir Arafat, der Mann, der uns zur Schlussfolgerung geführt hatte, es gäbe keinen Gesprächspartner. Die Machtübergabe im palästinensischen Lager verlief unerwartet friedlich und sogar demokratisch, an die Macht kam ein Mann, Mahmud Abbas Abu Masen, den alle gelobt haben, die Amerikaner, die Europäer, die Israelis, Sharon. Was wird geschehen? Ziehen wir uns immer noch aus dem Gaza-Streifen zurück, ohne mit den Palästinensern zu verhandeln?

Abu Masen ist Präsident der Palästinenser seit November 2004. Erst am 21. Juni 2005 traf Sharon Abu Masen zum ersten Mal. Eine große Leidenschaft, sich zu treffen, gab es also offenbar nicht. Am 21. Juni trafen sie sich unter Druck des amerikanischen Präsidenten. Warum will Sharon mit den Palästinensern immer noch nicht verhandeln? Es liegt in unserem Interesse, dass die Räumung des Gaza-Streifens friedlich verläuft, dass die Palästinenser ihr Leben wieder aufbauen können, damit sie den falschen Propheten, den Terroristen, den Fundamentalisten nicht folgen. Was ist denn Fundamentalismus letzten Endes? Fundamentalismus ist keine Religion, Fundamentalismus ist eine Frustration. Menschen, die hoffnungslos, die ohne Perspektive sind, folgen den falschen Propheten. Die Fundamentalisten selber, die Terroristen, die Fanatiker, die kann man nicht ändern, ihnen muss man das Handwerk legen, aber deren Kraft kommt von der Unterstützung der Bevölkerung. Und die Bevölkerung unterstützt sie heute, weil sie hoffnungslos ist, weil sie ohne Perspektive ist. Die Palästinenser im Gaza-Streifen, wie auch später im Westjordanland, müssen eine neue Hoffnung bekommen. Erst dann werden sie die Extremisten nicht mehr unterstützen, dann werden die

Extremisten zwar immer noch tätig, aber machtlos sein. Wir haben also ein Interesse daran, dass die palästinensische Regierung, dass Abu Masen die Macht übernimmt, und nicht die Extremisten.

Dass trotzdem nicht mit den Palästinensern diskutiert wird, das hat einen Grund: Wenn man mit den Palästinensern verhandelt, dann kann man sich nicht auf den Gaza-Streifen begrenzen. Das können sich die Palästinenser nicht leisten. Wenn Abu Masen zu Sharon kommt, dann wird er zunächst vom Gaza-Streifen sprechen und von der notwendigen Verbesserung der Lebensbedingungen. Aber er wird sehr schnell zur Frage nach dem Westjordanland kommen. Dort leben die meisten Palästinenser, das ist die Zukunft der Palästinenser und des palästinensischen Staates. Aber darüber will Sharon nicht sprechen. Deshalb war es so bequem, immer sagen zu können, es gebe keinen Gesprächspartner. Übrigens haben auch die Palästinenser behauptet, es gäbe keinen Gesprächspartner seitens der Israelis, weil sie kein Interesse daran hatten, das echte Problem anzufassen, nämlich die Anerkennung des Staates Israel als jüdischen Staat, der auf immer im Nahen Osten bleiben soll. Damals waren dazu nicht alle bereit; ich glaube, dass sie es heute sind. Die Räumung des Gaza-Streifens ist ein erheblicher Fortschritt, wie ich finde. Zum ersten Mal werden die Rechten in Israel auf historische Gebiete verzichten und Siedlungen räumen. Die Palästinenser werden Hoffnung schöpfen. Nur, was geschieht, wenn das nicht der erste, sondern der letzte Schritt ist? Präsident Bush oder Condoleezza Rice sagen natürlich, man solle Sharon nicht bedrängen. Aber Sharon und seine Leute sagen, dass nach dem Gaza-Streifen nichts mehr kommt. Erst, so sagt sein engster Mitarbeiter, wenn die Palästinenser sich in friedfertige Finnen verwandeln, dann werden wir uns die Sache noch einmal überlegen. Die Siedler sollen sich doch freuen, wir verzichten auf den Gaza-Streifen, um noch mehr Siedlungen zu bauen, und nicht, um die Siedlungsbewegung zu zerstören, wie sie es meinen. Die Amerikaner glauben, dass Sharon dies aus taktischen Erwägungen sagt, um die Siedler zu beruhigen, damit er den Abzug aus dem Gaza-Streifen friedlich umsetzen kann.

Der Abzug aus dem Gaza-Streifen ist Ende August 2005 beendet. Was geschieht dann? Ich gehe davon aus, dass Sharon den Gaza-Plan nur unter Druck und widerwillig verkündet hat. Weitere Gebiete will er den Palästinensern nicht übergeben. Aber er weiß, dass dann Druck aus der israelischen Bevölkerung kommen wird, vielleicht auch Druck der Amerikaner. Bis heute haben die Amerikaner immer nur Lippenbekenntnisse abgegeben. Aber in seiner zweiten Mandatszeit und mit einer Außenministerin wie Condoleezza Rice - wer weiß, wie Bush wirklich reagieren wird. Er verhält sich ruhig, aber das vielleicht nur, um den Abzug aus dem Gaza-Streifen zu ermöglichen. Es müssen also Vorkehrungen getroffen werden. Ich gehe davon aus, dass Sharon kurz nach dem Abzug aus

dem Gaza-Streifen vorgezogene Wahlen verkünden wird. Und bei uns dauern vorgezogene Neuwahlen acht Monate, acht Monate lang muss Ruhe sein wegen des Wahlkampfs. Während dieser Zeit sind bitte keine empfindlichen Fragen zu berühren, in Washington schon gar nicht. Etwa im Mai 2006 werden wir also Parlamentswahlen haben, die Sharon gewinnen wird, weil die Lage sich verbessert und beruhigt hat. Dann braucht er noch zwei, drei Monate, um seine Koalition zu bilden, dann sind wir schon im August 2006 und bis dahin: Allahu akbar, Gott ist groß.

Die Frage ist, wie reagiert darauf die israelische Bevölkerung, die sich tatsächlich erheblich beruhigt hat, seitdem sie an den Abzug aus dem Gaza-Streifen zu glauben begonnen hat, die auch wieder zuversichtlich geworden ist. Man vertraut auch der Wirtschaft wieder. Hatten wir in den vergangenen Jahren ein Prozent Bruttosozialprodukt jährlich verloren, so haben wir im letzten Jahr vier Prozent gewonnen. Es ist ruhiger geworden, es bewegt sich etwas, die Regierung unternimmt etwas. Es geht endlich einmal nicht nur um Verteidigung, es geht um politische Initiativen. Die Bevölkerung ist zufrieden. Und sie glaubt, es wird weitergehen, Sharon wird keine andere Möglichkeit haben, als den Friedensprozess weiterzuführen. Sollte er keine weiteren Initiativen ergreifen, sollte er mit den Palästinensern nicht verhandeln, dann wird es nicht sehr lange dauern, bis die Bevölkerung wieder unruhig wird und eine neue Intifada im Westjordanland ausbricht, weil die Palästinenser unruhig werden.

Das ist meine Hoffnung, denn wir im Nahen Osten haben schon mehrere Friedensprozesse erlebt, erfolgreiche Friedensprozesse, gescheiterte Friedensprozesse: einen erfolgreichen mit Ägypten in den späten 70er Jahren, mit Jordanien Anfang der 90er Jahre; wir hatten 1993 den Ansatz eines Friedensprozesses mit den Palästinensern in Oslo. Wir waren sehr nahe dran, den Frieden mit Syrien zu schließen; das scheiterte im letzten Moment, es gab aber immerhin einen Prozess. Alle diese Friedensprozesse gingen von den Beteiligten aus. Die Initiative kam immer von den Kontrahenten selbst, nicht vom Ausland. Die Amerikaner haben sich jahrzehntelang bemüht, einen wie auch immer gearteten Friedensprozess im Nahen Osten ins Leben zu rufen, es ist ihnen nie gelungen. Mehr noch, jedes Mal, wenn es einen Friedensprozess im Neuen Osten gab, entstand er hinter dem Rücken der Amerikaner. Sie haben dazu dann immer gute Miene gemacht und sich freiwillig als Vermittler angeboten. Nur der Druck der Bevölkerung bei uns, in Ägypten, in Jordanien, unter den Palästinensern Anfang der 90er Jahre hat dazu geführt, dass die Politiker nachgegeben haben. Als zum Beispiel der Friedensprozess mit Ägypten in Gang kam, gab es solche Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten, dass man dachte, alles würde scheitern, aber der Druck der Bevölkerung drängte die Regierungen, nachzugeben, besonders die israelische Regierung.

Also kann das die israelische Bevölkerung, und sie will es auch. Und deshalb bin ich trotz allem optimistisch.